

Einwohnergemeindeversammlung

Montag, 21. Juni 20.15 Uhr, in der Turnhalle

Vorsitz:	Gemeindeammann Rolf Leimgruber	
Protokoll:	Gemeindeschreiber Roland Mürset	
Stimmzählerinnen:	Silvia Brem Brigitte Herzog	
Präsenz:	Stimmberechtigte gemäss Register	1'402
	Quorum für endgültige Beschlüsse	281
	Versammlungsteilnehmer	48

Gemeindeammann Rolf Leimgruber: Ich begrüsse Sie, geschätzte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, herzlich zur diesjährigen Sommergemeindeversammlung. Einen speziellen Gruss richte ich an Eve Adam, Leiterin Finanzen, Kevin Gasser, Gemeindeschreiber Stellvertreter, sowie an Roger Kalt, unseren neuen Leiter Technische Dienste. Ein herzliches Willkommen auch an Benedikt Nüssli vom Reussboten.

Die Einladung mit der Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt. Die Akten zu den einzelnen Traktanden lagen auf der Gemeindekanzlei öffentlich auf oder konnten bequem zu Hause unter www.remetschwil.ch studiert werden. Sämtliche heutigen Beschlüsse unterstehen aufgrund der Anzahl der Versammlungsteilnehmer dem fakultativen Referendum.

Ich bitte Sie zudem, die vorgegebenen Covid-Schutzbestimmungen zwingend einzuhalten. Dafür danke ich Ihnen bestens.

Die Traktandenliste wird diskussionslos gutgeheissen.

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 23. November 2020

Gemeindeammann Rolf Leimgruber: Das Protokoll konnte von der Homepage heruntergeladen oder auf der Gemeindekanzlei bezogen werden.

Diskussion:

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Abstimmung:

Das Protokoll der letzten Gemeindeversammlung vom 23. November 2020 wird einstimmig gutgeheissen.

2. Rechenschaftsbericht 2020

Gemeindeammann Rolf Leimgruber: Der Gemeinderat hat die Pflicht, alljährlich einen Rechenschaftsbericht über die Gemeindetätigkeiten zuhanden der Gemeindeversammlung zu erstellen. Der Bericht enthält alles Wesentliche, wie Angaben über die Zusammensetzung der Behörden, der Kommissionen sowie über die Gemeindefunktionäre. Er legt Rechenschaft darüber ab, was in der Gemeinde im Jahr 2020 gelaufen ist. Der diesjährige Bericht umfasst 29 Seiten und konnte auf der Homepage eingesehen bzw. heruntergeladen werden.

Diskussion:

Peter Landis: In früheren Jahren konnten wir rund einen Viertel des Wasserverbrauches über eigene Quellen abdecken. Im Jahr 2020 stand gemäss Rechenschaftsbericht kein eigenes Wasser zur Verfügung. Gemäss Erläuterung mussten die Quellen aufgrund von Rückständen von Chlorothalonil vom Netz genommen werden. Weshalb kann der Gemeinderat einfach das Quellwasser ohne Rechenschaft vom Netz nehmen?

Gemeindeammann Rolf Leimgruber: Die Quellen werden so schnell als möglich wieder in Betrieb genommen. Genau dies ist unsere Rechenschaft.

Vizeammann Maurizio Giani: Die eigenen Quellen Schürmatte 1 – 4 mussten aus den genannten Gründen vom Netz genommen werden. Die Chlorothalonil-Werte lagen über den damaligen Toleranzwerten. Das fehlende Trinkwasser wurde in Bellikon eingekauft. Mittlerweile liegt ein Gerichtsentscheid bezüglich der Bedenklichkeit von Chlorothalonil vor. Aufgrund dieser Verfügung und den neuesten Erkenntnissen darf das Quellwasser wieder als Trinkwasser verwendet werden.

Peter Landis: Der Gemeinderat kann doch nicht einfach entscheiden, die Quellen vom Netz zu nehmen. Ich erwarte im Minimum ausführliche Erklärungen, was der Gemeinderat gedenkt zu unternehmen. Wenn der Gemeinderat diesbezüglich keine befriedigende Auskunft geben kann, so kann der Rechenschaftsbericht so nicht genehmigt werden.

Vizeammann Maurizio Giani: Der Gemeinderat hatte keine Wahl und musste die Quellen aufgrund der Vorschriften vom Netz nehmen. Dies war der Stand beim Druck des Rechenschaftsberichtes. Zwischenzeitlich dürfen die Quellen wieder verwendet werden. Dies braucht eine gewisse Zeit, denn die Quellen müssen zunächst gut gespült und die Installationen geprüft und bei Bedarf repariert werden. Im Weiteren braucht es regelmässige Kontrollen. Dies wird dann im Rechenschaftsbericht 2021 zu lesen sein.

Peter Landis: Es müssten doch zuerst die Ursachen der Verunreinigung abgeklärt werden. Sonst müssen die Quellen ja schon bald wieder vom Netz genommen werden.

Vizeammann Maurizio Giani: Die Bevölkerung wurde vom Gemeinderat ausführlich in der Berg-Post informiert. Die Chlorothalonil-Problematik betrifft nicht nur Remetschwil, sondern die Wasserversorgungen in der ganzen Schweiz.

Peter Landis: Ich beantrage, dass der Gemeinderat an der kommenden Wintergemeindeversammlung ausführlich informiert.

Vizeammann Maurizio Giani: Wir werden die Stimmberechtigten gerne an der Wintergemeinde über die neusten Erkenntnisse informieren.

Gemeindeammann Rolf Leimgruber: Die Werte sind in der ganzen Schweiz sehr hoch. Zwischenzeitlich wurden die Toleranzwerte angepasst. Grundsätzlich war gar nie eine Gefahr vorhanden. Die Quellen können bedenkenlos genutzt werden. Wir werden aber gerne an der Wintergemeinde umfassend informieren.

Abstimmung:

Der Rechenschaftsbericht wird mit einstimmig gutgeheissen.

3. Rechnung 2020

Vizeammann Maurizio Giani: Die Rechnung 2020 ist in der Einladungsbroschüre umfangreich abgebildet. Zudem konnte die detaillierte Rechnung von der Homepage heruntergeladen oder bei der Gemeindekanzlei bezogen werden. Ich fasse mich hier deshalb bei diesem Traktandum kurz.

Die Rechnung der Einwohnergemeinde weist einen Ertragsüberschuss von rund Fr. 1.5 Mio. aus. Dieser wurde in das Eigenkapital eingelegt. Der erfreuliche Ertragsüberschuss ist vor allem auf Minderausgaben in der Bildung und in der sozialen Sicherheit sowie auf Mehreinnahmen bei den Steuern zurückzuführen. Bedingt durch Corona wurden zudem einige geplante Arbeiten nicht ausgeführt.

Mit einer Selbstfinanzierung von rund Fr. 2.2 Mio. im Rechnungsjahr 2020 resultiert ein Finanzierungsüberschuss von rund Fr. 1.22 Mio. Die Nettoschuld sinkt auf Fr. 4'223'801.00. Dies entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von Fr. 2'083.77. Die Nettoschuld pro Einwohner mit Spezialfinanzierungen beträgt Fr. 1'748.09.

Bei einer gleichbleibenden Verbrauchergebühr von Fr. 0.90 / m³ weist die Rechnung der Wasserversorgung einen Aufwandüberschuss von rund Fr. 240'111 aus.

Durch die bereits erwähnte Ausserbetriebnahme unserer Schürmattquellen musste mehr Wasser von Bellikon gekauft werden. Zudem hat die Gemeinde Bellikon vor vier Jahren den Wasserpreis erhöht, diese Erhöhung aber irrtümlich nicht an uns weiterverrechnet. Diese rund Fr. 60'000.00 wurden uns nachträglich in Rechnung

gestellt. Bedingt durch Corona und Home-Office wurde zudem massiv mehr Wasser verbraucht.

Der Wasserbezugspreis beträgt jetzt Fr. 1.00 / m³. Der Verkaufspreis beträgt aber nach wie vor 90 Rappen. Sie erkennen sicherlich, dass hier zeitnah eine Gebührenerhöhung erfolgen muss.

Bei einer neuen Verbrauchergebühr von Fr. 3.50 / m³ weist die Rechnung der Abwasserkasse einen Ertragsüberschuss von rund Fr. 62'000.00 aus. Die Abwasserkasse erholt sich nun. Die Nettoschuld konnte reduziert werden.

Die Rechnung der Abfallkasse weist bei unveränderten Gebühren einen Aufwandüberschuss von Fr. 4'770.90 aus. Im Rechnungsjahr mussten mehr Gebührenmarken angeschafft werden als ursprünglich geplant. Ausserdem sinkt die Entschädigung für Papier und Karton stetig.

Es folgen Erläuterungen anhand von Folien.

Diskussion:

Roman Wyler: Wie lief das genau mit der Rückzahlung an die Gemeinde Bellikon?

Vizeammann Maurizio Giani: Gemäss aktuellem Abnahmevertrag hat die Gemeinde Remetschwil den jeweiligen Kubikmeterpreis abzüglich 33 % Rabatt zu bezahlen. Vor vier Jahren wurde in Bellikon der Preis von Fr. 1.20 auf Fr. 1.50 / m³ erhöht. Bei der Weiterverrechnung des Wasserbezuges an uns wurde jedoch noch mit dem alten Preis gerechnet. Dies hat nun zur erwähnten Nachzahlung geführt.

Roman Wyler: Werden denn die Verträge nicht sporadisch, z.B. alle fünf Jahre, neu verhandelt?

Vizeammann Maurizio Giani: In den Verträgen sind die Preise nicht fixiert. Es gilt jeweils der ordentliche Ansatz, abzüglich eines festgelegten Rabattes.

Peter Landis: Dies bedeutet, dass Remetschwil nicht gewusst hat, dass die Belliker ihren Wasserpreis erhöht haben?

Vizeammann Maurizio Giani: Ja, dies ist leider so.

Roman Wyler: Man kann also festhalten, dass der Wasserbezug sowieso teurer geworden wäre. Anstatt etappenweise sind die Mehrkosten halt jetzt auf einmal angefallen.

Vizeammann Maurizio Giani: Genau so ist es. Wir hätten den höheren Preis schon früher geschuldet. Nun muss halt leider alles auf einmal ausgeglichen werden.

Peter Landis: Wieviel kostet uns denn ein Kubik Wasser unter Einbezug sämtlicher Bezugsquellen?

Vizeammann Maurizio Giani: Die eigenen Quellen kosten nichts, Bellikon verrechnet Fr. 1.00 und der Regionale Wasserbund Mutschellen auch Fr. 1.00 / m³. In

Niederrohrdorf bezahlen wir 70 Rappen, dies ist aber ein kleiner Anteil. Da Investitionen anstehen, müssen wir den Wasserpreis neu kalkulieren.

Matthias Grob, Präsident der Finanzkommission: Die Mitglieder der Finanzkommission haben die Rechnung 2020 vertieft geprüft. Wir können bestätigen, dass die Buchhaltung sehr sauber und korrekt geführt wird. Die präsentierten Zahlen entsprechen den effektiven Tatsachen. Wir empfehlen Ihnen daher, die Rechnung in der vorliegenden Form abzunehmen.

Abstimmung:

Die Rechnung 2020 wird einstimmig gutgeheissen.

4. Kreditabrechnungen

4.1 Erneuerung der Hägelerstrasse und der Dorfstrasse inkl. Werkleitungen und Strassenbeleuchtung

Gemeindeammann Rolf Leimgruber: An der Gemeindeversammlung vom 21. November 2016 wurde ein Kredit über Fr. 1'060'000.00 gutgeheissen. Am 27. November 2017 wurde dem beantragten Zusatzkredit über Fr. 170'000.00 zugestimmt. Dieser wurde nötig, da sich bei der Projektierung herausstellte, dass die Hägelerstrasse nicht bloss eine Quartier-, sondern eine Sammelstrasse ist. Die Anforderungen bezüglich Beschaffenheit sind bei Sammelstrassen höher.

Bei der Realisierung wurde die Strassenbreite dann aber um einen halben Meter verschmälert. Dadurch musste z.B. auch eine Stützmauer bei einer privaten Liegenschaft nicht versetzt werden. Zudem konnten die Arbeiten sehr günstig vergeben werden. Dies alles führte zu massiv weniger Baukosten, sowohl der Zusatzkredit als auch die Reserven mussten nicht beansprucht werden. Der Kredit schliesst mit einer Kreditunterschreitung von Fr. 297'832.25 ab.

Diskussion:

Peter Landis: Wurde die Meteorwasserleitung nicht ersetzt?

Gemeindeammann Rolf Leimgruber: Doch, alle Leitungen wurden ersetzt. Dies ist heute so üblich.

Abstimmung:

Der Souverän genehmigt die Kreditabrechnung einstimmig.

4.2 Sicherstellung der Wasserversorgung in Notlagen

Vizeammann Maurizio Giani: An der Wintergemeinde 2017 wurde einem Verpflichtungskredit über Fr. 78'000.00 zugestimmt. Dabei geht es um die Sicherstellung der Wasserversorgung der Gemeinden Künten, Stetten und Remetschwil via Mutschellen und Bellikon. Der Wasserlieferungsvertrag sieht vor, dass jede Gemeinde in Notlagen 200 m³ Wasser pro Tag beziehen kann. Die Messeinrichtungen sind zwischenzeitlich in Betrieb. Wie vorgängig erwähnt, kostet uns der Kubikmeter aus dem Wasserbund Fr. 1.00. Der genaue Wasserbezugsort muss aufgrund der unterschiedlichen Preise technisch jederzeit festgestellt werden können. Diese komplexe Technik hat denn auch zur Kreditüberschreitung beitragen. Dazu kamen unvorhergesehene Arbeiten.

Diskussion:

Das Wort wird nicht verlangt.

Abstimmung:

Die Kreditabrechnung wird einstimmig genehmigt.

5. Gutheissung eines Verpflichtungskredites über Fr. 1'460'000.00 inkl. MwSt. für die Erstellung eines Regenbeckens im Ortsteil Remetschwil.

Vizeammann Maurizio Giani: Das heute vorliegende Projekt sieht ein Regenbecken mit einem Volumen von 170 m³ auf der gemeindeeigenen Parzelle 178 Im Goger vor. Der Standort ist insofern vorteilhaft, als er sich innerhalb der Bauzone befindet und die Parzelle der Gemeinde gehört. Das neue Regenbecken wird unterirdisch erstellt und nach Fertigstellung überdeckt, sodass oberirdisch nur das neue Betriebsgebäude sichtbar ist.

Es folgt eine Präsentation der Funktionsweise eines Regenbeckens mittels Folien.

Diskussion:

Peter Landis: Wir sind also interessiert, dass mit der Zeit möglichst viel Meteorwasser abgefangen und separat abgeleitet wird. Gibt es für Neubauten Vorschriften bezüglich Fassen und Ableiten von Meteorwasser?

Vizeammann Maurizio Giani: Dies ist so. Das sogenannte Trennsystem wird nach und nach ausgebaut. Noch sind nicht alle Strassen mit diesem System ausgerüstet. Im Rahmen der Erneuerung des Leitungsnetzes soll das Trennsystem durchgängig realisiert werden. Im besten Fall kann das Sauberwasser aber versickert werden, damit sich die Grundwasserseen wieder füllen.

Peter Landis: Gemäss Traktandenbericht ist diese Investition im Finanzplan enthalten. Zudem sei eine Erhöhung der Gebühren nicht vorgesehen. In diesem

Zusammenhang ist mir nicht klar, welche Investitionen nun über die Einwohnergemeinde, also über die Steuergelder, und welche über die Abwasserkasse und somit über die Gebühren finanziert werden.

Vizeammann Maurizio Giani: Sämtliche Ausgaben und Investitionen im Abwasserbereich werden über die Gebühren der Abwasserkasse finanziert. Die Investition wurde bereits bei der Erhöhung der Abwassergebühren berücksichtigt und führt somit zu keiner Gebührenerhöhung.

Michel Wyss: Wird denn der Bach durch den Bau des Regenbeckens entlastet?

Vizeammann Maurizio Giani: Ja, denn der Anteil der überlasteten Kanalisation fällt weg.

Abstimmung:

Der Verpflichtungskredit für die Erstellung eines Regenbeckens im Ortsteil Remetschwil wird mit grosser Mehrheit zu zwei Gegenstimmen gutheissen.

6. Verpflichtungskredit über Fr. 210'000.00 inkl. MwSt. für die Erstellung einer unterirdischen Entsorgungsstelle Im Goger

Gemeinderätin Olivia Schmidt Baumann: Die bestehende Entsorgungsstelle beim Schulhaus ist dem Gemeinderat schon seit Längerem ein Dorn im Auge. Regelmässig erhalten wir Immissionsbeschwerden, da zu jeder Tages- und Nachtzeit entsorgt wird. Gerüche ziehen Insekten an. Ästhetisch ist der Platz direkt beim Schulhaus und Spielplatz ein Schandfleck. Das grösste Problem ist aber die massive Unfallgefahr, da sich die Schülerinnen und Schüler und die Entsorger einen Zugangsweg teilen müssen. Oft schon ist es zu sehr gefährlichen Situationen gekommen. Es gab bereits Unfälle, glücklicherweise ohne Personenschäden.

Auch im Rahmen der Neuorganisation des Technischen Dienstes war dieser Entsorgungsplatz immer wieder ein Thema. Durch das Projekt Regenbecken ergab sich ein idealer Zeitpunkt und eine Möglichkeit, um dieses Problem zu lösen und eine moderne und hygienische Entsorgungsstelle zu schaffen. Daher hat der Gemeinderat ein Fachbüro mit den entsprechenden Abklärungen beauftragt.

Durch die Koordination mit dem Bau des Regenbeckens können Synergien genutzt und Kosten geteilt werden. So muss z.B. der Aushub für das Regenbecken nicht abgeführt, sondern kann für die Gestaltung des Entsorgungsplatzes benützt werden.

Beim Konzept haben wir uns für ein Untergrund-Containersystem entschieden. Dabei handelt es sich um ein flexibles Baukastensystem. Oberirdisch sind nur noch die Einwurfsäulen erkennbar.

Ausrichtung und Anordnung der beiden Projekte wurden aufeinander abgestimmt, damit die Parzelle gut genutzt werden kann und der Unterhalt mit dem Zu- und Wegfahren der Lastwagen einwandfrei möglich ist.

Ein wichtiges Thema war das Verkehrskonzept. Aufgrund vorgängiger Rückmeldungen aus der Bevölkerung haben wir das Konzept mit der Regionalpolizei diskutiert. Es ist vorgesehen, dass die Entsorgungsstelle rundherum befahren werden kann. Dadurch kann ein Rückstau auf die Zufahrtsstrasse vermieden werden. Weiter wird bei der Einmündung in die Zopfstrasse die Signalisation "Vortritt vor dem Gegenverkehr" verfügt. Dadurch kann der Verkehrsfluss genau geregelt werden.

Nach der Genehmigung des Kredites wird ein Baugesuch ausgearbeitet und öffentlich aufgelegt. Eine Erhöhung der Entsorgungsgebühren bedingt durch das Projekt ist nicht vorgesehen.

Diskussion:

Otto Mächler: Kann bei dieser neuen Entsorgungsstelle auch Plastik entsorgt werden, und wenn nein, weshalb nicht?

Gemeinderätin Olivia Schmidt Baumann: Aktuell ist das nicht vorgesehen. Plastik muss ja auch in verschiedene Ebenen getrennt werden, wie z.B. in Cellophan, in PET etc. Für PET gibt es bereits verschiedene Entsorgungsstellen. Der übrige Plastik wird aktuell noch über den Kehrriech entsorgt. Ich gehe aber davon aus, dass es auch hier eine Entwicklung geben wird. Durch das Baukastensystem sind Ergänzungen jederzeit möglich.

Otto Mächler: Hat es denn genügend Platz für eine solche Erweiterung?

Gemeinderätin Olivia Schmidt Baumann: Es würde dann ein Element ausgewechselt.

Benedikt Brem: Die geplante Zufahrt zur neuen Entsorgungsstelle ist sehr eng, ich würde sogar von einem Nadelöhr sprechen. Man muss zudem wissen, dass es sich bei dieser Zufahrtsstrasse um den offiziellen Schulweg der Busslinger Kinder als auch um einen Wanderweg handelt. Ein Trottoir ist nicht vorhanden. Wenn der Gemeinderat mit dem Argument, den Schulweg für die Kinder sicherer zu machen, ein solches Projekt unterbreitet, handelt es sich um eine völlige Fehlplanung. Gemäss kommunalem Gesamtplan Verkehr soll die Sicherheit der Fussgänger und Velofahrer erhöht und der zivile motorisierte Verkehr auf übergeordnete Strassen verlegt werden. Auch aus dieser Sicht ist die geplante Zufahrt ungeeignet. Meiner Meinung nach müsste die Zufahrt zur Entsorgungsstelle über die Hauptstrasse erfolgen. Es ist daher zu überlegen, den Platz für eine neue Entsorgungsstelle so zu wählen, dass die Zufahrt besser möglich ist. Eine Möglichkeit sehe ich z.B. bei der Busgarage Steffen im Gebiet Mattächer, wo es auch Grundstücke in der öffentlichen Zone gibt. Die Zufahrt wäre optimal, und die Anwohner könnten sogar zu Fuss zur Entsorgungsstation gelangen. Die Wege würden dadurch verkürzt. Dem vorliegenden Konzept kann ich daher nicht zustimmen.

Gemeinderätin Olivia Schmidt Baumann: Wie bereits gesagt, wurde das Verkehrskonzept zusammen mit der Regionalpolizei eingehend geprüft. Die REPOL ist mit dem Konzept einverstanden. Bei Verlegen des Standortes könnten die beiden Projekte Entsorgungsstelle und Regenbecken nicht mehr koordiniert werden, und es würden Mehrkosten anfallen.

Albert Conrad: Aktuell müssen ca. 10 % der Einwohner zum Entsorgen die Strasse überqueren. Wenn der Platz Im Goger realisiert wird, werden es ca. 90 % sein. Das vorliegende Konzept kann daher zu vermehrten Unfällen führen. Unterirdische Container können überall erstellt werden, auch dort, wo heute bereits Container stehen.

Peter Landis: Es gäbe noch weitere Standortvarianten, so z.B. unterhalb des Restaurants Schöneck. Evtl. gibt es dort ja auch einmal einen Kreisel, dann könnte man elegant zum Entsorgen hinfahren. Ich beantrage, dass wir dem gemeinderätlichen Vorschlag zustimmen, sofern beim Restaurant Post wieder ein Verkehrsspiegel aufgestellt wird.

Gemeinderätin Olivia Schmidt Baumann: Verkehrsspiegel sind nicht mehr erlaubt. Daher kann dieser Antrag so nicht entgegengenommen werden. Zudem handelt es sich um zwei verschiedene Anliegen.

Benedikt Brem: Das angedachte Verkehrskonzept mit der Vortrittsregelung erhöht den Sicherheitsfaktor überhaupt nicht. Das Hauptargument des Gemeinderates ist, die Sicherheit für die Schüler zu erhöhen. Heute führt der Weg zur Sammelstelle aber über eine übersichtliche gerade Strasse mit Trottoir. Die Strasse Im Goger ist verwinkelt, unübersichtlich, eng und verfügt über kein Trottoir. Und es ist heute schon ein Schulweg. Wenn die Sicherheit an erster Stelle steht, darf diese Zufahrt so nicht realisiert werden. Diese muss zwingend über die Hauptstrasse erfolgen.

Gemeindeammann Rolf Leimgruber: Der Kanton wird eine neue Einmündung nie bewilligen. Dieser Vorschlag ist nicht umsetzbar. Der Einwand betreffend Schulweg ist grundsätzlich richtig. Es sind aber viel weniger Kinder von Busslingen nach Remetschwil unterwegs als es heute Schulkinder unmittelbar bei der Entsorgungsstelle hat. Es darf von den Leuten, welche entsorgen, auch eine entsprechende Selbstdisziplin verlangt werden. Die Verkehrsteilnehmer sind zudem nicht schnell unterwegs.

Vizeammann Maurizio Giani: Der Gemeinderat hat auch andere Standorte geprüft. Wenn jetzt z.B. im Gebiet Mattächer eine solche Anlage realisiert wird, müsste die Hauptstrasse zwei Mal überquert werden. Und auch aus dem Gebiet Mattächer sind Schüler unterwegs. Die genaue Frequenz von Fahrzeugen, welche zum Entsorgen unterwegs sind, ist uns zwar nicht bekannt, es wird aber kein hohes Verkehrsaufkommen aufgrund der Sammelstelle erwartet. Der vorgeschlagene Standort scheint uns gestützt auf die vorgenommene Evaluation aber der beste zu sein.

Esther Gsell: Ich erachte die Erschliessung für den geplanten Standort als ungeeignet. Wenn die Frequenz der Benutzer ja nicht hoch ist, könnte man ja die unterirdische Sammelstelle am heutigen Standort mit der breiten Zufahrtsstrasse realisieren.

Gemeinderätin Olivia Schmidt Baumann: Die beiden Projekte Entsorgungsstelle und Regenbecken sollen miteinander am gleichen Ort realisiert werden. Dadurch fallen tiefere Kosten an. Beim heutigen Standort ist der unterirdische Platz nicht vorhanden.

Benedikt Brem: Gemäss Vizeammann Maurizio Giani wurden verschiedene Standorte geprüft. Welche waren das konkret, welche Vor- und Nachteile gibt es, und wie sind die unterschiedlichen Kosten? Ein verletztes Schulkind würde die eingesparten

Kosten wohl nie rechtfertigen. Ich erwarte zudem, dass der Gemeinderat die Möglichkeit einer separaten Zufahrt von der Hauptstrasse her beim Kanton abklärt und sich nicht nur auf Vermutungen abstützt.

Gemeinderätin Olivia Schmidt Baumann: Alternativstandorte wurden bezüglich Kosten nicht näher geprüft, da sich die ideale Gelegenheit zusammen mit dem Bau des Regenbeckens ergeben hat. Die Kosten für unterirdische Sammelstellen liegen in der Regel zwischen Fr. 350'000.00 bis Fr. 450'000.00.

Fridolin Koch: Der geplante Standort macht meiner Meinung nach zwar Sinn, dennoch sollten die gehörten Anliegen und Ideen aufgenommen und geprüft werden. Allenfalls kann die Zufahrt im Rahmen der Strassensanierungen besser gelöst werden.

Roman Wyler: Der Entscheid über dieses Geschäft sollte meiner Meinung nach vertagt werden. Zunächst sind die genauen Verkehrszahlen zum Durchgangsverkehr Im Goger und zur Sammelstelle zu erheben. Dann haben wir klare Fakten. Der Vergleich meines Vorredners mit den verletzten Kindern finde ich als Argument störend. Am heutigen Standort sind viel mehr Kinder unterwegs. Die Situation könnte baulich sicherlich entschärft werden, wenn die genauen Frequenzen bekannt sind. In diesem Sinne stelle ich den **Antrag**, das Geschäft sei an den Gemeinderat zur Überarbeitung **zurückzuweisen**.

Abstimmung über den Rückweisungsantrag:

Mit 19 Ja zu 19 Nein-Stimmen liegt eine Pattsituation vor.

Gemäss § 27 Abs. 2 Gemeindegesetz gibt der Vorsitzende bei Stimmengleichheit bei offenen Abstimmungen den Stichentscheid.

Gemeindeammann Rolf Leimgruber entscheidet sich für die Annahme des Rückweisungsantrages.

Die Stimmberechtigten honorieren diesen Entscheid mit Applaus.

7. Verpflichtungskredit über Fr. 955'000.00 inkl. MwSt. für die Erneuerung der Strasse "Im Hägeler" inkl. Werkleitungen und Strassenbeleuchtung

Gemeindeammann Rolf Leimgruber: Die Werterhaltungsplanung der Gemeinde sieht als nächsten sanierungsbedürftigen Strassenabschnitt die Quartierstrasse «Im Hägeler» vor. In den letzten Jahren sind hier vermehrt Leitungsbrüche vorgekommen, dies sieht man auch an den vielen Flickstellen im Teerbelag.

Wir haben bei zwei Ingenieurbüros Investitionsberechnungen eingeholt. Beide Kostenschätzungen waren sehr nahe beieinander. Auf Anregung aus einer der letzten Gemeindeversammlungen basiert unser Antrag nun auf der Projektausarbeitung des Büros WBM Waser Baumanagement & Co., Niederwil. Die Stimmberechtigten wünschten, dass nicht immer das gleiche Ingenieurbüro zum Zug kommt.

Die WBM Waser Baumanagement & Co. rechnet mit Investitionskosten von total Fr. 955'000.00.

Die in der Broschüre geschätzten Arbeitsgattungen werden nach Rechtskraft des Kreditentscheids in Konkurrenz ausgeschrieben.

Es ist wichtig, die öffentlichen Infrastrukturanlagen zu warten und zu unterhalten. Dadurch können grössere Spätfolgen und somit höhere Kosten vermieden werden.

Diskussion:

Das Wort wird nicht verlangt.

Abstimmung:

Der Souverän stimmt dem Verpflichtungskredit mit grosser Mehrheit zu zwei Gegenstimmen zu.

8. Beschlussfassung über die Entschädigung der Mitglieder des Gemeinderates für die Amtsperiode 2022/2025

Die drei wiederkandidierenden Gemeinderäte verlassen den Raum.

Gemeindeammann Rolf Leimgruber: Nachdem ich nicht mehr kandidiere, werde ich somit dieses Geschäft präsentieren.

Gemäss Gemeindegesetz hat die Gemeindeversammlung jeweils vor Beginn einer neuen Legislaturperiode die Entschädigung der Mitglieder des Gemeinderates festzulegen.

Auf die Amtsperiode 2018/2021 wurden die Entschädigungen moderat auf folgende Beträge erhöht:

Gemeindeammann	Fr. 25'000.00
Vizeammann	Fr. 13'500.00
Gemeinderäte je	Fr. 10'500.00

jeweils zuzüglich Teuerung seit Januar 2017

Dazu kommen noch Spesenpauschalen für anfallende Kleinspesen wie Telefon, Porti, Fahrspesen usw. von Fr. 3'000.00 für den Gemeindeammann und Fr. 2'000.00 für den Vizeammann und die Gemeinderäte.

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass diese Entschädigungen fair und angemessen sind und stellt somit keinen Antrag auf eine Anpassung für die neue Amtsperiode.

Diskussion:

Es findet keine Diskussion statt.

Abstimmung:

Die Entschädigungen für die Gemeinderäte werden einstimmig gutgeheissen.

9. Genehmigung eines zusätzlichen Pensums von 50 % für den Technischen Dienst

Gemeindeammann Rolf Leimgruber: Im Jahr 2018 hat der Gemeinderat eine externe Analyse unserer gemeindeeigenen Bereiche durchführen lassen. Auch personelle Veränderungen verlangen eine laufende Überwachung der Abläufe, um den Ansprüchen an die stetig wachsenden Anforderungen an einen professionellen Technischen Dienst gewachsen zu sein.

Zudem hat sich die Gemeindeinfrastruktur in der neueren Vergangenheit verändert. Es ist ein neues zusätzliches Schulhaus dazugekommen. Beim Gebäude Kindergarten Busslingen ist zwar ein Teil der Betreuung durch die Vermietung weggefallen, der öffentliche Eventraum im Untergeschoss muss aber weiterhin betreut werden. Der Unterhaltsstandard bei den Gemeinde- und Flurstrassen ist gestiegen. Auch die Richtlinien bei der Arbeitssicherheit steigen stetig, auch aus der eingangs erwähnten Analyse besteht hier Nachholbedarf, und für Personalschulungen und andere sicherheitsrelevante Massnahmen steigen die Anforderungen bzw. der Zeitaufwand entsprechend.

Nicht zu vergessen ist ein in der Analyse klar gefordertes, nötiges Pikettreglement, welches von unserem Personal zusätzlichen Bereitschaftsdienst abverlangt. Das Pikettreglement ist mittlerweile bei uns verbindlich eingeführt worden.

Die Analyse und unsere eigenen Erfahrungen zeigen auch auf, dass unser Personalbestand im Vergleich mit anderen gleich strukturierten Gemeinden deutlich unter dem Sollbedarf liegt. Der Vergleichsbestand liegt bei 440 Stellenprozenten, wir haben per dato 350 Stellenprozente. Der Leiter Technischer Dienst und der Gemeinderat erachten aber aktuell eine Erhöhung auf 400 Stellenprozente, also um 50 %, als ausreichend.

Was an Tätigkeiten und Unterhaltsaufgaben vom Technischen Dienst zu erledigen ist, haben Sie sicherlich der Einladungsbroschüre entnommen.

Noch eine Bemerkung zur IST-Situation. Aufgrund der erwähnten externen Analyse wurden die früheren separaten Dienste Hauswartung und Bauamt zu einer Dienststelle «Technischer Dienst» zusammengefasst. Das erleichtert den internen Personaleinsatz und -austausch und verteilt z.B. den Piketteinsatz auf mehrere Schultern.

Diskussion:

Peter Landis: Wir alle haben festgestellt, dass die Aufgaben, welche eine Gemeinde zu erfüllen hat, nicht einfach zu bewältigen sind. Gemeinderätin Olivia Schmidt

Baumann hat sich intensiv in die Materie eingearbeitet und den Dienst aktiv mitgestaltet. Dies ist ihr mehrheitlich positiv gelungen. In der nun vorliegenden und publizierten Analyse ist leider sehr viel geschwärzt. Aus der umfangreichen Analyse geht daher nicht hervor, wer was macht und wie nun die Führungsstrukturen sind. Hilfreich wäre daher ein Organigramm, aus welchen die Strukturen und die Verantwortungszuordnungen klar ersichtlich sind.

Gemeindeammann Rolf Leimgruber: Wie bereits erwähnt, wurden die Bereiche Hauswartung und Bauamt zum neuen Technischen Dienst zusammengefasst. Roger Kalt ist Chef über den gesamten Dienst. Die Mitarbeitenden haben zwar in der Regel einen zugewiesenen Arbeitsbereich, sie können aber bei Bedarf auch in anderen Bereichen des Dienstes eingesetzt werden. Die Aufgabenbereiche und die Arbeiten sind in einem entsprechenden Pflichtenheft geregelt.

Peter Landis: So führt also der Leiter Technischer Dienst alle Mitarbeitenden direkt?

Gemeindeammann Rolf Leimgruber: Ja, das ist so. Ich bin regelmässig an den Teamsitzungen dabei. Der Austausch funktioniert gut.

Abstimmung:

Die Stimmberechtigten stimmen der Pensumserhöhung mit grosser Mehrheit zu zwei Gegenstimmen zu.

10. Verschiedenes

10.1 Information über aktuellen Projektstand "Jim Knopf" (Oberstufenschulhaus)

Gemeinderätin Vreni Sekinger: An der letzten Wintergemeindeversammlung habe ich Ihnen das geplante Projekt über die Erweiterung der Schulanlage Rüsler vorgestellt. Es war vorgesehen, dass alle vier Verbandsgemeinden im Februar dieses Jahres eine ausserordentliche Gemeindeversammlung durchführen. Dies hat sich leider als zu sportlicher Fahrplan erwiesen, da sich die evaluierte Gebäudetechnik zu einem unglaublichen Kostentreiber entwickelt hat. So musste ein Planungsstopp eingelegt werden. Die Fachplaner wurden aufgefordert, Alternativen zu eruiieren und zu rechnen. Aktuell ist dies in Bearbeitung. Der nächste fixierte Termin ist eine öffentliche Informationsveranstaltung am Dienstag, 28. September 2021, um 19.30 Uhr, in der Mehrzweckhalle Rüsler in Niederrohrdorf. An den Wintergemeindeversammlungen soll dann in den vier Gemeinden der Planungskredit eingeholt werden. Die aktuellsten Informationen finden Sie unter dem Link "Schulraumplanung" auf der Homepage der Gemeinde Niederrohrdorf.

10.2 Information über Umsetzung neue Führungsstrukturen Schule

Gemeinderätin Vreni Sekinger: Im September 2020 hat das aargauische Stimmvolk der Umsetzung der neuen Führungsstrukturen an der Volksschule zugestimmt. Dies bedeutet, dass die Schulpflegen per Ende 2021 aufgelöst werden. Die Gemeinderäte übernehmen ab Anfang 2022 sämtliche Aufgaben und Kompetenzen. Sie führen künftig die Schule strategisch und finanziell. Die Schule rutscht somit als Verwaltungsbe- reich näher zur Gemeinde.

Der Gemeinderat hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche sich mit der Umsetzung dieser neuen Aufgabe beschäftigt hat. Dabei wurde unter anderem ein neues Kompe- tenzreglement erstellt, in welchem etliche Aufgaben an die Schulleitung als operative Leitungsinstanz delegiert wurden. Entscheidungen sollen mehrheitlich dort gefällt wer- den, wo die Schule auch stattfindet. Ein weiterer Teil der bisherigen Kompetenzen übernimmt neu der Ressortchef des Gemeinderates. Alle strategisch relevanten Ent- scheidungen sind neu im Kompetenzbereich des Gesamtgemeinderates. Der Gemein- derat hat zudem entschieden, in Remetschwil keine Schulkommission einzusetzen. Eine solche Kommission ist ein rein beratendes Gremium und kann keine Entschei- dungen fällen. In der Grössenordnung einer Schule Remetschwil ist dies nicht erforder- lich. Rein situativ können aber jederzeit Projektkommission eingesetzt werden.

Bezüglich der bisherigen Entschädigung für die Schulpflegemitglieder gehen die Ge- meinden unterschiedliche Wege. Einige Gemeinden weisen diese Entschädigung neu den Gemeinderäten zu. In Remetschwil soll dieser Betrag eingespart und nicht ander- weitig eingesetzt werden. Wir richten aber ein besonderes Augenmerk auf das Pen- sum unserer Schulverwaltung, welche sicherlich mehr gefordert sein wird. Die Schul- verwaltung wird zudem sehr eng mit der Gemeindeverwaltung zusammenarbeiten. Es wird sich zeigen, wo künftig welche Arbeiten am sinnvollsten erledigt werden. Allenfalls wird zu einem späteren Zeitpunkt eine Aufstockung der Stellenprozente in der Schul- verwaltung erforderlich sein. Zunächst sollen aber nun die erforderlichen Erfahrungen gemacht werden. In diesem Zusammenhang muss auch die Zusatzbelastung des Res- sortinhabers des Gemeinderates im Auge behalten werden.

Der Kanton hat die Umsetzung der neuen Strukturen immer als kostenneutral einge- stuft. Meiner Meinung nach stimmt das zwar für den Kanton, nicht aber für die einzel- nen Gemeindebudgets. Die Gemeinden werden künftig mehr Finanzen zur Verfügung stellen müssen.

Bei der Kreisschule Rohrdorferberg sieht es etwas anders aus. Diese Organisation ist grösser und komplexer. Dort sind weiterhin zwei Gremien vorgesehen. Die jetzige Schulpflege soll in einen Vorstand überführt werden. Zusätzlich soll eine Abgeordne- tenversammlung eingeführt werden.

Gemeindeammann Rolf Leimgruber: Ich kann Ihnen folgende Informationen weiter- geben:

Dorffest

Leider musste das Dorffest 2021 – wie so viele andere regionale Veranstaltungen auch – coronabedingt abgesagt werden. Das OK wird in den nächsten Wochen entscheiden,

wie es weitergeht und wann das nächste Dorffest stattfinden soll. Die Bevölkerung wird anschliessend informiert.

Bundesfeier 2021

Die Bundesfeier wird mit Schutzkonzept durchgeführt. Die Organisation übernimmt auch dieses Jahr der Sportclub Busslingen. An dieser Stelle schon jetzt besten Dank für das Organisieren.

Gesamterneuerungswahlen

In diesem Herbst finden die Gesamterneuerungswahlen für die kommende Amtsperiode 2022/2025 statt. Es werden zwei neue Gemeinderäte, ein neues Mitglied der Finanzkommission, zwei neue Mitglieder der Steuerkommission sowie ein Ersatzmitglied der Steuerkommission gesucht. Anmeldeschluss ist der 13. August 2021, 12.00 Uhr. Weitere Informationen erteilt gerne unsere Verwaltung. Ich ermuntere alle Einwohnerinnen und Einwohner, sich zum Wohle der Gemeinde für ein Amt zur Verfügung zu stellen. Nur mit der Besetzung sämtlicher Gremien ist und bleibt eine Gemeinde selbstverwaltet.

Sommerzeit

Wie in den Vorjahren ist die Verwaltung während der Schulferien jeweils von 07.00 bis 14.00 Uhr durchgehend geöffnet. Termine ausserhalb der Bürozeiten können nach Vereinbarung stattfinden. Der Pikettdienst des Bestattungsamtes ist jederzeit sichergestellt.

Umfrage

Ellen Schuler: Ich möchte auf den Vorfall im Januar 2020 an der Foregass zurückkommen. Waren die Verantwortlichen jemals vor Ort und haben die traurige Wiederaufforstung angesehen? Zur Erinnerung: im Januar 2020 wurden in der rechtskräftigen Grünzone auf dem Grundstück der ehemaligen Villa Lüssi mindestens acht gesunde und geschützte Bäume gefällt. Ebenso wurden auf dem benachbarten Grundstück mindestens vier Bäume gefällt. Angeblich sei eine Expertise erstellt worden, in welcher alle Bäume als krank taxiert wurden. Dazu käme der Risikofaktor für die Benutzer der Foregass. Der Gemeinderat hat allen, welche sich mündlich oder schriftlich beschwert haben, erklärt, dies sei völlig legitim gewesen. Weiter bekräftigte der Gemeinderat, dass er sich für eine Wiederaufforstung einsetze. So war es auch in der Berg-Post sowie im Reussboten zu lesen. Sicher wäre auch der Revierförster, welcher erst im Nachhinein von der Aktion erfahren hat, sehr zufrieden mit einer Wiederaufforstung. Heute führt ein kleiner Weg entlang eines Holzhauses zur Gartentüre des Grundstückes. Die Böschung wurde mit Bodendecker-Efeu bepflanzt. Daneben stehen noch einzelne Haselnuss- oder Hagenbuchstauden. Desweiteren sind vier kleine Edelkastanienbäumchen erkennbar, welche gemäss Gemeinderat als Wiederaufforstung gelten. Die verbleibenden Buchen wurden eingepackt, so dass sie sich nicht mehr frei entfalten können. Am Ende dieser Parzelle wurden erstaunlicherweise einige alte Bäume stehen gelassen. Eigenartig, dass diese alten Bäume vom Fachmann nicht als Risikofaktor eingestuft wurden. Entspricht dies wirklich einer Wiederherstellung einer Grünzone? Für mich ist eine Grünzone ein Stück geschützte freie Natur mit Baumbeständen, Sträuchern, Gebüsch und verschiedenen Pflanzen. Ich zitiere aus einem Brief der Pro Natura: "Es müssen Ersatzmassnahmen verfügt

werden, damit die Grünzone mindestens ökologisch gleichwertige Naturwerte beherbergt, wie dies vorher der Fall war. Wird der Gemeinderat nicht tätig, dürfen Sie die Aufsichtsbehörde einschalten." Der Gemeinderat ist im Besitz dieses Briefes. Ich möchte vom Gemeinderat wissen, wie weit die versprochenen Massnahmen wie z.B. die Erstellung eines Konzeptes mit konkreten Zielsetzungen, umgesetzt wurden. In der Berg-Post vom 18. November 2020 hat der Gemeinderat die Bevölkerung wie folgt informiert: " Die neue Besitzerfamilie hat daher einen Fachmann mit den Unterhaltsarbeiten beauftragt. Im Rahmen dieses Unterhaltes wurden einige Bäume gefällt. Obschon der Bestand an Bäumen, Sträuchern und Gebüsch in dieser Grünzone gemäss Bauordnung geschützt ist, kann es sein, dass im Rahmen von Pflegemassnahmen auch der Rückschnitt und allenfalls auch das Entfernen von kranken Pflanzen bzw. Bäumen, welche eine Gefahr darstellen oder das Wachstum anderer Bäume behindern, erforderlich ist. Im Rahmen eines baurechtlichen Verfahrens wurde die Verhältnismässigkeit geklärt. Zwischenzeitlich wurde in Absprache mit den Gemeinde- und Forstorganen eine teilweise Wiederaufforstung vorgenommen. Im Weiteren wird ein Konzept mit konkreten Massnahmen und Zielsetzungen für den Erhalt und Pflege dieser wichtigen Grünzone erarbeitet. Zudem sind künftige wesentliche Veränderungen in dieser Grünzone vorgängig mit den Forstorganen abzusprechen. Dadurch wird der langfristige Erhalt aber auch die ebenso wichtige Pflege dieser Grünzone gesichert." Gerne möchte ich vom Gemeinderat eine Stellungnahme, wie dies möglich war, dass die Grünzone Foregass so zerstört werden konnte.

Gemeindeammann Rolf Leimgruber: Nach den Geschehnissen fand ein Augenschein mit den Grundeigentümern und mit Fachleuten statt. Auch eine Grünzone muss unterhalten werden. Der Forst wurde schon früher von der Gemeinde beauftragt, Äste, welche für die Wegbenutzer gefährlich werden könnten, zurückzuschneiden. Der Förster hat den stetigen Auftrag, die Situation zu überwachen, da es sich auch um einen Schulweg handelt. Was geschehen ist, kann nicht rückgängig gemacht werden. Es wurde aber bereits wieder aufgeforstet. Es können nicht 20 m hohe Bäume gesetzt werden. Die Bäume müssen zuerst wieder wachsen. Der vorgenommene Rückschnitt wurde nicht mutwillig gemacht. Von den Grundeigentümern haben wir die Ausarbeitung eines Unterhaltskonzeptes verlangt. In Absprache mit den Landbesitzern wurde nun unser Forstbetrieb mit der Ausarbeitung des Konzeptes beauftragt. Beim Revierförster handelt es sich um einen Fachmann. Bislang hatte der Förster noch keine Zeit, das Dokument zu erstellen. Es braucht also noch eine gewisse Zeit. Dies ist die aktuelle Situation. Es wurde schon sehr viel über diese Grünzone gesprochen. Jetzt muss man sie halt wieder wachsen lassen. Sie wächst, und auch die vier gesetzten Bäume gedeihen. Wir können das Geschehene nicht rückgängig machen. Die Grünzone ist aber nach wie vor eine Grünzone.

Ellen Schuler: Die Ausgestaltung sowie der Unterhalt entsprechen nicht den korrekten Massstäben.

Gemeindeammann Rolf Leimgruber: Wie eine Grünzone auszusehen hat, ist eine reine Ansichtssache.

Max Perrin: Ich finde die Stellungnahme des Gemeinderates eigenartig. Eine Grünzone sollte einheimisches Pflanzenmaterial umfassen. Edelkastanien gehören nicht dazu. Ich staune, dass Fachleute dies für richtig halten. Da könnten ja auch

Palmen gesetzt werden. Es braucht eine Wiederaufforstung mit Buchen und Eschen. Ich frage mich daher, welche Fachleute da am Werk waren.

Gemeindeammann Rolf Leimgruber: Auch der Leiter des Forstrevieres hat es nicht generell verneint, dass es sich um die richtige Bepflanzung handelt. Der Gemeinderat muss sich auf die Meinung von Fachpersonen abstützen. Die Meinungen über die richtige Bepflanzung gehen auch in Fachkreisen weit auseinander.

Max Perrin: Wo gibt es denn in unserer Umgebung natürlich wachsende Edelkastanien? Nirgends. Ich kann nur den Kopf schütteln.

Gemeindeammann Rolf Leimgruber: Die Grünzone wurde verletzt, wird nun aber wieder aufgeforstet. Die beteiligten Fachleute haben sich über die Pflanzenwahl abgesprochen. Der Gemeinderat verlässt sich auf diese Leute. Die Grünzone wächst nun wieder, und sicherlich wird in etwa zwei Jahren aus Sicherheitsgründen wieder ein Rückschnitt erfolgen müssen.

Ellen Schuler: Ich bin davon ausgegangen, dass die Bauordnung für alle gilt.

Gemeindeammann Rolf Leimgruber: Es ist nach wie vor eine Grünzone. Sie wurde nicht entfernt.

Ellen Schuler: Wenn jemand anders gegen die Bauvorschriften verstösst, so zahlt er eine Busse und muss den ursprünglichen Zustand wiederherstellen.

Gemeindeammann Rolf Leimgruber: Es können nicht 20 m hohe Bäume gesetzt werden. Der Zustand wurde ja wieder hergestellt.

Ellen Schuler: Das Verhältnis stimmt nicht, da acht Bäume entfernt und nur vier neue gesetzt wurden.

Gemeindeammann Rolf Leimgruber: Die Bäume wachsen noch in der Breite und Höhe.

Joe Wettstein: Ich schlage vor, dass neu ein Ressort Klimaschutz geschaffen wird. Klimaschutz betrifft alle, auch die Gemeinden. Dazu muss auf strategischer Ebene ein entsprechender Verantwortlicher bestimmt werden.

Gemeindeammann Rolf Leimgruber: Der neue Gemeinderat wird sich gerne mit dem Antrag befassen.

Nachdem keine anderen Wortmeldungen mehr vorliegen, dankt der Gemeindeammann den Stimmberechtigten für ihr Erscheinen und schliesst die Versammlung um 22.15 Uhr.

Der Gemeindeammann:

Der Gemeindeschreiber:

Rolf Leimgruber

Roland Mürset